



Petition 77626

Beendigung des Beamtenverhältnisses - Flexiblere Regelung des Pensionseintritts für Bundesbeamte nach Erreichen der Regelaltersgrenze

Text der Petition	Der Deutsche Bundestag möge beschließen, dass der Pensionseintritt für Bundesbeamte/-innen nach Erreichen der Regelaltersgrenze flexibler geregelt wird.
Begründung	<p>Das Hinausschieben des Eintritts in den Ruhestand eines Bundesbeamten/-in setzt nach § 53 Absatz 1 Bundesbeamtengesetz tatbestandlich das Vorliegen eines dienstlichen Interesses voraus.</p> <p>Das dienstliche Interesse wird vom Dienstherrn grundsätzlich nur bejaht, wenn eine Nachbesetzung der entsprechenden Arbeitsstelle nicht nahtlos erfolgen kann oder laufende Projekte nur durch diese/n Beamten/-in erfolgreich zum Abschluss zu bringen sind oder weil eine effektive Einarbeitung einer/eines Nachfolgers/-in dies in zeitlicher Hinsicht verlangt.</p> <p>Die Darlegungslast für das Bestehen eines dienstlichen Interesses liegt dabei beim Antragsteller/-in.</p> <p>Aufgrund der gestiegenen Lebenserwartung gibt es immer mehr arbeitswillige und arbeitsfähige Menschen, die sich trotz ihres Rentenalters entscheiden, weiter zu arbeiten. Gründe hierfür sind oft: Wertschätzung erfahren, Pflege von sozialen Kontakten, Erfahrungen weitergeben, mehr Geld zur Verfügung haben, u. a.</p> <p>Mit Inkrafttreten des Flexi-Rentengesetzes zum 01.01.2017 bzw. 01.07.2017 wird ein freiwilliges Weiterarbeiten über die Regelaltersgrenze hinaus den Arbeitnehmer/-innen bereits ermöglicht.</p> <p>Zu begrüßen wäre, wenn der Übergang ebenso für aktive Bundesbeamte/-innen in die Pension selbst bestimmter gestaltet werden könnte. Es sollte möglich sein, dass ältere Beamte/-innen, die möchten und gesundheitlich können, nach Erreichen der Regelaltersgrenze in ihren Aufgabengebiet weiterarbeiten dürfen.</p> <p>Das dienstliche Interesse sollte der Dienstherr offener, durchlässiger, flexibler und wohlwollender auslegen.</p>